



Rue Guimard 7
B – 1040 Bruxelles
Tel.: (0032 2) 513 65 46
Fax: (0032 2) 513 88 20
E-Mail: d.linse@europabuero-bw.de
Internet: www.europabuero-bw.de

Europabüro der baden-württembergischen Kommunen, Rue Guimard 7, B-1040 Bruxelles

Frau MdEP
Evelyne Gebhardt
Europäisches Parlament
ASP 12 G 346
Rue Wiertz 60

B-1047 Brüssel

Per E-Mail

Brüssel, 26. April 2005

Abfrage der kommunalen Spitzenverbände Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens zu den Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie auf die kommunalen Verwaltungstätigkeiten

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Gebhardt,

wie bereits vor einigen Wochen erwähnt, haben die kommunalen Spitzenverbände Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens den Versuch unternommen, mittels einer Abfrage bei Landratsämtern und Kreisverwaltungsbehörden praktische Erkenntnisse zu den Auswirkungen der so genannten „Dienstleistungsrichtlinie“ auf die kommunalen Verwaltungstätigkeiten zu gewinnen.

Mit diesem Schreiben möchten wir Ihnen eine erste Zwischenbilanz zukommen lassen und gleichzeitig Bezug auf den von Ihnen vorgelegten Berichtsentswurf zum Dossier nehmen. Bis zum heutigen Tage haben bereits zahlreiche Städte und Landkreise an der Befragung teilgenommen. Wir möchten Sie bitten, unsere vorläufigen Schlussfolgerungen bei Ihren weiteren parlamentarischen Arbeiten zu berücksichtigen. Sollten sich auf Grund weiterer Antworten neue Erkenntnisse ergeben, werden wir Sie selbstverständlich kontaktieren.

1. Anwendungsbereich (Art. 2)

Zunächst begrüßen wir sehr, dass die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse in Ihrem Berichtsentswurf aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen wurden. Dies dient sicherlich dazu, einen wesentlichen Teil der kommunalen Befürchtungen auszuräumen. Im Übrigen möchten wir darauf hinweisen, dass die Richtlinie keine Fakten schaffen darf, solange der Weißbuchprozess zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse nicht abgeschlossen ist.

2. Niederlassungsfreiheit der Dienstleistungserbringer (Kap. II)

Definition des Begriffs der Niederlassung (Art. 4 ff.)

Die Befragung der Europabüros hat sehr deutlich gezeigt, dass die Differenzierung zwischen der Niederlassungsfreiheit der Dienstleistungserbringer (Kap. II) und dem freien Dienstleistungsverkehr (Kap. III) in der Verwaltungspraxis in dieser Form nicht nachvollzogen werden kann.

Für den vom Richtlinienentwurf abgedeckten Bereich ist auf kommunaler Verwaltungsebene hauptsächlich die Gewerbeordnung (GewO) maßgeblich. Diese unterscheidet zwischen den Bereichen Stehendes Gewerbe (§§ 14 ff. GewO) sowie Reisegewerbe (§§ 55 ff. GewO*). Diese Systematik ist aufgrund der unterschiedlichen Regelungsbereiche keineswegs auf die Abgrenzung von Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit im Sinne des Richtlinienentwurfs übertragbar.

Da die Unterscheidung Niederlassung / freier Dienstleistungsverkehr jedoch wesentliche Konsequenzen in der Frage des anwendbaren Rechts mit sich bringt, erstaunt uns umso mehr, dass in der Debatte die Definitionsprobleme des Begriffs der „Niederlassung“ nur am Rande thematisiert werden. Wir befürchten, dass die Dienstleistungserbringer in der Praxis durch Auslegung der unbestimmten Rechtsbegriffe („feste Einrichtung“ und „unbestimmte Dauer“) letztendlich selbst entscheiden werden, ob sie ihr Recht auf freie Niederlassung (Kap. II) oder ihre Rechte im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs (Kap. III) wahrnehmen.

Unsere Abfrage hat deutlich gezeigt, dass die Behörden derzeit in der Regel keine Kenntnis von der Tätigkeit eines Dienstleistungserbringers erhalten, wenn Dienstleistungen „über die Grenze“ erbracht werden, d.h. wenn im Inland keine Betriebsstätte begründet wird, welche nach § 14 GewO anzeigepflichtig wäre. Eine Überwachung ist dann praktisch unmöglich.

Wir können daher Ihre mündlich bei der Vorstellung des Berichts geäußerte Überlegung, dass die Dienstleistungserbringer sich bei den Behörden des Aufnahmestaates anmelden müssen, bevor sie Ihre Dienstleistungen erbringen, grundsätzlich nachvollziehen. Im Berichtsentwurf konnten wir allerdings keine entsprechenden Formulierungen finden, so dass es uns schwer fällt, die Auswirkungen auf die Verwaltungspraxis zu beurteilen.

Im Anhang dieses Schreibens finden Sie eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse unserer Abfrage. Sie spiegelt die Genehmigungs- und Kontrollaufgaben wider, die nachzeitigem Rechtsstand durch die Kommunen vollzogen werden und die durch eine Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in der von der Kommission vorgelegten Form tangiert wären.

Sprachfassungen (Art. 5 Abs. 2)

Das Prinzip der nationalen Amtssprache kann nicht aufgegeben werden. Zeugnisse/Bescheinigungen/Unterlagen zur Erlangung behördlicher Genehmigungen müssen in deutscher Sprache oder zumindest in beglaubigten Übersetzungen vorliegen. Ein Verzicht hierauf würde dem Missbrauch Tür und Tor öffnen. Die Kommunen wären personell und finanziell vollkommen überfordert, wenn sie selbst Übersetzungen vornehmen müssten, um ihre Amtspflichten ordnungsgemäß zu erfüllen. Wir weisen ergänzend darauf hin, dass beispielsweise auch die Europäische Föderation der Bauindustrie (FIEC) in einer Anhörung des Ausschusses

* § 55 Abs. 1 GewO: „Ein Reisegewerbe betreibt, wer gewerbsmäßig ohne vorhergehende Bestellung außerhalb seiner gewerblichen Niederlassung (§ 42 Abs. 2) oder ohne eine solche zu haben

1. selbständig oder unselbständig in eigener Person Waren feilbietet oder Bestellungen aufsucht (vertreibt) oder ankauft, Leistungen anbietet oder Bestellungen auf Leistungen aufsucht oder
2. selbständig unterhaltende Tätigkeiten als Schausteller oder nach Schaustellerart ausübt.“

für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments jüngst deutlich gemacht hat, dass sie die Anfertigung von Übersetzungen im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr als völlig normal erachtet.

Art. 5 Abs. 2 Satz 2 ist daher ersatzlos zu streichen.

Einheitlicher Ansprechpartner (Art. 6)

Im Hinblick auf die Einrichtung eines Einheitlichen Ansprechpartners sollte klargestellt werden, dass dieser lediglich vermittelnde Funktionen ausübt. Unabhängig von der Frage, wer diese Funktionen übernehmen soll, darf hierdurch nicht in die Kompetenzstruktur der Mitgliedstaaten eingegriffen werden. Wir unterstützen daher die Forderung der Ratsarbeitsgruppe, folgenden Absatz in Art. 6 aufzunehmen:

„Die Benennung dieser einheitlichen Ansprechpartner berührt nicht die Aufteilung der Aufgaben oder Zuständigkeiten zwischen den zuständigen Stellen in den nationalen Systemen.“

Elektronische Verfahrensabwicklung / Abwicklung im Fernweg (Art. 8)

Die Abfrage hat gezeigt, dass Anträge i.S.d. Richtlinienentwurfs teilweise im Fernweg eingereicht werden können. Eine elektronische Verfahrensabwicklung ist momentan grundsätzlich nicht möglich. Da dies jedoch gleichermaßen für In- und (EU-)Ausländer zutrifft, liegt hier kein diskriminierendes Handeln vor. Im Übrigen ist die Forderung nach einer vollständigen medienbruchfreien E-Government-Lösung weder verhältnismäßig noch erforderlich, noch werden in anderen europäischen Rechtsbereichen derzeit vergleichbar hohe Anforderungen gestellt.

Art. 8 ist in der vorliegenden Fassung daher zu streichen.

3. Freier Dienstleistungsverkehr (Kap. III)

„Qualität“ der Dienstleistungen (Art. 16 Abs. 1)

Art. 16 Abs. 1 Unterabsatz 2 führt mit dem Verweis auf die „Qualität“ der Dienstleistungen einen unbestimmten Rechtsbegriff ein.

Kommunale Akteure treten nicht nur als Anbieter von Dienstleistungen auf (Stichwort: Daseinsvorsorge), sondern fragen auch selbst Dienstleistungen zur Erfüllung von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben am Markt nach. Vor diesem Hintergrund muss im Richtlinienentwurf sichergestellt werden, dass die öffentlichen Auftraggeber selbst über Qualität und Inhalt der von ihnen nachgefragten Dienstleistungen entscheiden können - unabhängig davon, ob das Herkunftslandprinzip gilt oder das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung.

Andernfalls wäre zu befürchten, dass das Ziel von Europäischer Kommission und Europäischem Parlament, eine weitere Öffnung des Dienstleistungsmarktes zu erreichen, erschwert würde: Wenn die öffentlichen Auftraggeber nicht die Qualität der Dienstleistungen bestimmen können, wären sie im Umkehrschluss gezwungen, die fraglichen Leistungen stets selbst zu erbringen, um die erforderliche hohe Qualität für Ihre Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

Im Richtlinienentwurf muss daher klargestellt werden, dass die Vertragsfreiheit auch für öffentliche Auftraggeber - unter Einhaltung der Vorgaben des europäischen Vergaberechts - unberührt bleibt.

Verwirklichung des Herkunftslandprinzips / Prinzips der gegenseitigen Anerkennung (Art. 16)

Die Kommunen, die sich an der Abfrage der kommunalen Spitzenverbände beteiligten, haben in ihren Antworten wiederholt auf die deutsche Verwaltungsvorschrift für die Anwendung des Gewerberechts auf Ausländer (AuslGewVwV) hingewiesen. Das einschlägige Kapitel 2.2.2. „Freier Dienstleistungsverkehr“ lautet:

„Sofern für die in Frage stehende Tätigkeit auch im Herkunftsland eine gewerberechtliche Erlaubnis gefordert wird, gilt im Aufnahmeland grundsätzlich das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Das Aufnahmeland ist aber zur Prüfung berechtigt, ob das Schutzniveau beider Erlaubnisse vergleichbar ist. [...] Über die gewerberechtlichen Erfordernisse in anderen EU- oder EWR Mitgliedstaaten und über die den deutschen Erlaubnissen entsprechende ausländische Zulassungen liegen noch keine verbindlichen Informationen vor.“

Der Wortlaut macht deutlich, dass Gesetzgeber und Verwaltungen bemüht sind, ausländischen Dienstleistern den Zugang zu den inländischen Dienstleistungsmärkten zu ermöglichen. Dabei kommt ein System der wechselseitigen Anerkennung bereits heute zum Tragen, sofern die entsprechende Datengrundlage vorhanden ist.

Kontrollpflichten / Zusammenarbeit der Verwaltungen (Art. 16 Abs. 2, Art. 35)

Wir begrüßen grundsätzlich die in Ihrem Bericht vorgenommene Einführung des Ziellandprinzips für die Kontrolle der Dienstleistungserbringer als Alternative zum unseres Erachtens unrealistischen und lebensfremden Ansatz der Europäischen Kommission. Wir stellen uns allerdings die Frage, wie diese Kontrollpflichten in der Verwaltungspraxis durchgeführt werden sollen. Hierbei gilt es insbesondere auf folgende Fragen Antworten zu finden:

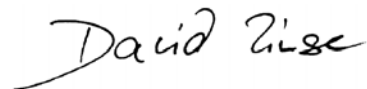
1. Im Falle der wechselseitigen Anerkennung: Inwieweit müssen die Behörden des Ziellandes das Recht des Herkunftslandes anwenden?
2. Wer stellt den Behörden des Ziellandes die entsprechenden Bestimmungen des Herkunftslandes zur Verfügung?
3. Welche Kompetenzen erhalten die Behörden des Herkunftslandes bei der Kontrolle der Dienstleister im Zielland im Rahmen des Systems der Verwaltungszusammenarbeit?

Mit Blick auf die grenzüberschreitende Kooperation der Behörden möchten wir auch darauf hinweisen, dass auf kommunaler Ebene bislang kaum Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Verwaltungszusammenarbeit vorliegen.

Im Richtlinienentwurf sollte die Europäische Kommission daher aufgefordert werden, nach einer bestimmten Frist die praktische Umsetzbarkeit der Maßgaben zur Verwaltungszusammenarbeit zu überprüfen.

Die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen werden ähnliche Schreiben an weitere Mitglieder des federführenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament schicken. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



David Linse

Anlage

Anhang - Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie auf die kommunale Verwaltungstätigkeit

Bereiche in denen kommunale Verwaltungsstellen derzeit Genehmigungs- und Kontrollaufgaben im Hinblick auf die Erbringung von Dienstleistungen wahrnehmen		
Sachliche Anwendungsbereiche	Rechtsnormen	Erforderliche Zeugnisse/Bescheinigungen/Unterlagen
Zulassung erlaubnispflichtiger Gewerbebetriebe <ul style="list-style-type: none"> • Privatkrankenanstalt • Schaustellung von Personen (§ 33a GewO) • Spielhallen, Casino etc. (§ 33i GewO) • Pfandleiher (§ 34 GewO) • Bewachungsunternehmen (§ 34a GewO) • Versteigerer (§ 34b GewO) • Makler, Bauträger (§ 34c GewO) • Messeveranstalter (§§ 64-68 GewO) 	GewO	<ul style="list-style-type: none"> • Bei Privatkrankenanstalt: Arbeitsverträge, Chefarztvertrag • Unbeschränktes Führungszeugnis • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister • Bestätigung bzgl. Insolvenzabteilung und Schuldnerverzeichnis • Bestätigung des Finanzamts • Ggf. gültiger Pachtvertrag/Lageplan/Beschreibung der Räumlichkeiten • Bei Firmen: Handelsregisterauszug • Bei Spielhallen: Erlaubnis des Automatenherstellers zur Aufstellung von Geldspielgeräten von der Gemeinde des Firmensitzes sowie Unbedenklichkeitsbescheinigung (Geeignetheitsprüfung) des Automatenherstellers von der Gemeinde am Sitz der Spielhalle, ferner Kopien der Zulassungsscheine und Name der Aufsicht für die Spielhalle <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>

<p>Überwachungsbedürftiges Gewerbe</p> <ul style="list-style-type: none"> • An- und Verkauf von hochwertigen Konsumgütern, Kraftfahrzeugen und Fahrrädern, Edelmetallen, Edelsteinen, Perlen oder Schmuck, Altmetallen • Auskunfteien, Detekteien • Vermittlung von Eheschließungen, Partnerschaften und Bekanntschaften • Betrieb von Reisebüros und Vermittlung von Unterkünften • Vertrieb und Einbau von Gebäudesicherungseinrichtungen einschließlich der Schlüsseldienste • Herstellen und Vertreiben spezieller diebstahlsbezogener Öffnungswerkzeuge 	<p>GewO</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unbeschränktes Führungszeugnis • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>
<p>Anwendung des Gewerberechts auf Ausländer</p>	<p>Musterverwaltungsvorschrift für die Anwendung des Gewerberechts auf Ausländer (AuslGewVwV)</p>	<p>Zuständige Ausländerbehörden werden beteiligt, sofern sich Anhaltspunkte ergeben, dass ausländerrechtliche Bedenken einer Erlaubniserteilung entgegenstehen</p>
<p>Betriebserlaubnis für Apotheken</p>	<p>Apothekengesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Approbation • Nachweis Betriebsräume • Nachweis Einrichtung, Material • Abnahme der Räume durch Pharmazierat • Nachweis gesundheitliche Eignung (ärztl. Zeugnis) • Nachweis Zuverlässigkeit (Auszug aus Bundeszentralregister, Gewerbezentralregister) <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>

Erlaubnis zum Versand von apothekenpflichtigen Arzneimitteln	Apothekengesetz	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebserlaubnis für Apotheken • schriftliche Versicherung, dass bestimmte Anforderungen an den Versand eingehalten werden
Erlaubnis zum Betrieb einer Gaststätte	Gaststättengesetz	<ul style="list-style-type: none"> • Unbeschränktes polizeiliches Führungszeugnis • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister • Bescheinigung des Amtsgerichts, dass weder Eintrag in Insolvenzabteilung noch im Schuldnerverzeichnis besteht • Bestätigung durch Finanzamt bzw. entsprechender ausländischer Behörde, dass keine Steuerrückstände bestehen • Unterrichtsnachweis der Industrie- und Handelskammer oder Nachweis über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Lebensmittelberuf (z. B. Bäcker, Metzger, Koch etc.) • Stellungnahme der Ausländerbehörde • Pachtvertrag/Lageplan/Raumbeschreibung • Belehrung nach IfSG <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>
Zulassung als Heilpraktiker	Heilpraktikergesetz	<ul style="list-style-type: none"> • Lebenslauf • Geburtsurkunde • Nachweis über mindestens eine abgeschlossene Volksschulbildung • Ärztliches Zeugnis über gesundheitliche Eignung • Unbeschränktes Führungszeugnis • Bestandene Heilpraktikerprüfung <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>

Tiertransport als Unternehmer	TierSchTransV	<ul style="list-style-type: none"> • Sachkunde durch Ausbildung (z.B. als Landwirt, Tierwärter etc.) oder durch Lehrgang • Geeignetes Fahrzeug
<p>Zucht, Halten von Tieren und Handel mit Tieren; Erlaubnis</p> <ul style="list-style-type: none"> • zum Halten von Tieren für andere in einem Tierheim oder ähnlichen Einrichtung • zum Halten von Tieren in einem Zoologischen Garten oder einer anderen Einrichtung, in der Tiere zur Schau gestellt werden • zur Ausbildung von Hunden zu Schutzzwecken für Dritte und Unterhalt von Einrichtungen hierfür • zur Durchführung von Tierbörsen zum Zwecke des Tausches oder Verkaufes von Tieren durch Dritte • zum gewerbsmäßigen Züchten oder Halten von Wirbeltieren, außer landwirtschaftlichen Nutztieren • zum gewerbsmäßigen Handel von Wirbeltieren • zum gewerbsmäßigen Unterhalten eines Reit- oder Fahrbetriebes • zur gewerbsmäßigen Zurschaustellung von Tieren oder Bereitstellung von Tieren für einen solchen Zweck • zum gewerbsmäßigen Bekämpfen von Wirbeltieren als Schädlinge • zum Handeln und Züchten von Sittichen und Papageien nach § 17g TierSG 	TierSchG	<ul style="list-style-type: none"> • Unbeschränktes Führungszeugnis • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister • Sachkundebestätigung • Beschreibung/Plan/Skizze der Räume <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>

Waffenhandel/Waffenhersteller	WaffG	<ul style="list-style-type: none"> • Unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister bzw. der entsprechenden ausländischen Behörde • Nachweis der Sachkunde durch abgeschlossene Ausbildung als Büchsenmachermeister bzw. Sachkundenachweis über die IHK bei Waffenhändlern • Auskunft vom Insolvenzgericht • Auskunft vom Schuldnerverzeichnis • Auskunft von LKA • Auskunft von der örtlichen Polizeidienststelle <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>
Gewerbliche Schießstandbetreiber	WaffG	<ul style="list-style-type: none"> • Unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister
Zulassung als Jägerschule	JFPO, BjagdG	<ul style="list-style-type: none"> • Jagdpachtfähiger Inhaber es Jahresjagdscheines • Geeignetes Jagdrevier • Brauchbarer Jagdhund • Ausreichendes Anschauungsmaterial • Geeignete Lehrkräfte • Zugang zu Schießstand <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>

<p>Taxierlaubnisse, Mietwagenerlaubnisse Ausflugsfahrten mit Pkw</p>	<p>Personenbeförderungsgesetz, Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr und Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit • Führungszeugnis - Ausführung: „zur Vorlage bei der Erlaubnisbehörde“ • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister - Ausführung: „zur Vorlage bei der Erlaubnisbehörde“ • Nachweis der fachlichen Eignung (Bescheinigung oder Prüfungszeugnis) • Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes • Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde • Unbedenklichkeitsbescheinigung des Trägers der Sozialversicherung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur Renten-, Kranken- u. Arbeitslosenversicherung • Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Berufsgenossenschaft über die Entrichtung der Beiträge zur gesetzl. Unfallversicherung • Angaben über die Zahl, die Art (KOM,Pkw), den Fahrzeughalter, das amtliche Kennzeichen, und Sitzplätze der zu verwendenden Fahrzeuge
--	---	--

<p>Gewerblicher Güterkraftverkehr - Erteilung von nationalen Erlaubnissen für Transportunternehmer</p>	<p>Güterkraftverkehrsgesetz, Berufszugangsverordnung für den Güterkraftverkehr</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Für den antragstellenden Unternehmer</u> • Gewerbeanmeldung und ggf. Handelsregisterauszug • Nachweis der Vertretungsberechtigung (z.B. Arbeits-, Geschäftsführervertrag, Satzung o. dgl.) • Führungszeugnis - Ausführung: „zur Vorlage bei der Erlaubnisbehörde“ (Bei einer Gesellschaft für die vertretungsberechtigten Organe wie die Gesellschafter und die Geschäftsführer, bei einer Genossenschaft für den Vorstand, bei einer Erbengemeinschaft für die Miterben, bei einem Minderjährigen für die gesetzlichen Vertreter) • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister - Ausführung: „zur Vorlage bei der Erlaubnisbehörde“ (Bei einer Gesellschaft für die vertretungsberechtigten Organe wie die Gesellschafter und die Geschäftsführer, bei einer Genossenschaft für den Vorstand, bei einer Erbengemeinschaft für die Miterben, bei einem Minderjährigen für die gesetzlichen Vertreter) • Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit des Betriebes (s. Anlage - Eigenkapitalbescheinigung u. ggf. Zusatzbescheinigung) • Nachweis der fachlichen Eignung (falls der antragstellende Unternehmer die Güterkraftverkehrsgeschäfte selbst führt) • Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes • Steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde • Unbedenklichkeitsbescheinigung des Trägers der Sozialversicherung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur Renten-, Kranken- u. Arbeitslosenversicherung • Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Berufsgenossenschaft über die Entrichtung der Beiträge zur gesetzl. Unfallversicherung
--	--	---

		<ul style="list-style-type: none"> • <u>Für die zur Führung der Güterkraftverkehrsgeschäfte bestellte Person(en)</u> • Führungszeugnis - Ausführung: „zur Vorlage bei der Erlaubnisbehörde“ • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister - Ausführung: „zur Vorlage bei der Erlaubnisbehörde“ • Nachweis Beschäftigungsverhältnisses • Nachweis der fachlichen Eignung • <u>Zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit:</u> • Eigenkapitalbescheinigung n. § 3 Abs. 2 Nr. 2 GüKG
--	--	--

Erlaubnis zum Fahrlehrer	Fahrlehrergesetz (FahrlG)	<ul style="list-style-type: none"> • formloser Antrag unter Angabe der Klasse (BE) - zunächst auf eine befristete, dann auf eine unbefristete Fahrlehrerlaubnis • Alter mind. 22 Jahre (das Lebensalter muss mindestens zum Zeitpunkt der Erteilung einer Fahrlehrerlaubnis erreicht werden) • Geburtsurkunde • handgeschriebener Lebenslauf • Gutachten einer medizinisch-psychologischen Untersuchungsstelle oder eines Facharztes für Arbeits- oder Betriebsmedizin • Der Besitz der Fahrerlaubnis der Klassen A, BE und CE, sofern die Fahrlehrerlaubnis für die Klasse DE erteilt werden soll, die Fahrerlaubnis der Klasse DE. Eine Fahrerlaubnis auf Probe reicht nicht aus. • Ablichtung des Führerscheines • Nachweis, dass innerhalb der letzten 5 Jahre vor Antragstellung mindestens 3 Jahre Kraftfahrzeuge der Klasse B geführt wurden • Nachweis über die Vorbildung mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem anerkannten Lehrberuf nach abgeschlossener Hauptschulausbildung oder eine gleichwertige Vorbildung • Führungszeugnis für die Behörde (bei der Gemeinde zu beantragen) • Erklärung, dass gegenwärtig kein Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren anhängig ist • Bescheinigung der amtlich anerkannten Fahrlehrerausbildungsstätte über Ausbildung • Bestehen der fahrpraktischen Prüfung und der Fachkundeprüfung • bei späteren Antrag auf Erteilung einer unbefristeten Fahrlehrerlaubnis der Klasse BE eine Bescheinigung der Ausbildungsfahrschule über die Dauer der durchgeführten Ausbildung und das Berichtsheft (nach Abschluss der Ausbildung nachzureichen) • Bestehen der Lehrproben
--------------------------	---------------------------	---

Erlaubnis zum Führen einer Fahrschule	Fahrlehrergesetz (FahrlG)	<ul style="list-style-type: none"> • Formloser Antrag, unter Benennung des <ul style="list-style-type: none"> - Antragstellers und dessen Anschrift - Anschrift und Name der Fahrschule - der beantragten Klasse(n) • Mindestalter 25 Jahre • Eine amtlich beglaubigte Abschrift oder Ablichtung des Fahrlehrerscheines (Fahrlehrerlaubnis für die beantragten Klassen muss vorhanden sein) • Unterlagen über die Tätigkeit des Fahrlehrers (Bewerber muss mindestens zwei Jahre lang im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit dem Inhaber einer Fahrschulerlaubnis <u>hauptberuflich</u> als Fahrlehrer tätig gewesen sein) • Bescheinigung über die Teilnahme an einem fahrschulbetriebswirtschaftlichen Lehrgang • Maßstabsgerechter Plan der Unterrichtsräume mit Angaben über die Ausstattung <ul style="list-style-type: none"> - Mindesthöhe 2,40 m - Mindestfläche 25 m² - Belüftung - Toiletten und Waschgelegenheiten, Gaderobe, Eingang • Erklärung, dass die vorgeschriebenen Lehrmittel zur Verfügung stehen • Aufstellung über die Anzahl und der Art der Lehrfahrzeuge • Erklärung, ob und von welcher Behörde bereits eine Fahrschulerlaubnis erteilt worden ist • Beantragen eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei der Erlaubnisbehörde nach den Vorschriften des Bundeszentralregistergesetzes • Sollte die Erlaubnis für eine juristische Person beantragt werden, muss ein verantwortlicher Leiter bestellt werden. Weiter sind dann beizubringen: • Beantragen eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei der Er-
---------------------------------------	---------------------------	--

		<p>laubnisbehörde nach den Vorschriften des Bundeszentralregistergesetzes für alle Gesellschafter</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesellschaftervertrag • Erteilung erst nach Eintragung ins Handelsregister
Gewerbeanmeldungen im Handwerksbereich	Handwerksordnung	<p>Bei Gewerbeanmeldungen im Handwerksbereich wird die Handwerkskammer informiert. Diese prüft die Voraussetzungen für die Aufnahme des Gewerbes und prüft Qualität und Inhalt der Dienstleistungen.</p> <p>Vorzulegende Bescheinigungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auszug aus dem Strafregister • Ggf. Handelsregisterauszug • Konkurs- beziehungsweise Insolvenzfreiheit
Reisegewerbetreibende (§ 55 GewO) Erteilung einer Reisegewerbekarte	GewO	<ul style="list-style-type: none"> • Unbeschränktes Führungszeugnis • Auskunft aus dem Gewerbezentralregister • Beteiligung Ausländerbehörde • Lichtbild • Zustimmungserklärung zur Auskunftserteilung des Finanzamtes <p>Für alle Dokumente gilt: Bei Dokumenten, die nicht in Deutsch abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung notwendig</p>
Transportgenehmigung im Abfallrecht	§ 49 KrW-/AbfG i.V.m. Transportgenehmigungsverordnung	<ul style="list-style-type: none"> • Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Auszug aus dem Gewerbezentralregister, Führungszeugnis, Kfz-Haftpflichtversicherung und Umwelthaftpflichtversicherung • Bescheinigung über die Teilnahme an einem von der zuständigen Behörde anerkannten Lehrgang. <p>Die Unterlagen sind in Deutscher Sprache vorzulegen; ggf. ist eine beglaubigte Übersetzung erforderlich.</p>

<p>Schornstiefegertätigkeit</p> <p>Kehrbezirkshaber aufgrund öffentlich-rechtlicher Bestellung</p>	<p>Schornstiefeger-gesetz</p> <p>KÜO</p> <p>BImSchG</p> <p>LBO</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gesellenprüfung (Ausbildung 3 Jahre) • Meisterprüfung
<p>Konzession nach dem Personenbeförderungsgesetz</p>	<p>Personenbeförderungsgesetz</p> <p>BerufszulassungsVO</p> <p>BetriebsOKraft</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Leistungsfähigkeit • Sachkundenachweis

Sofern Dienstleistungen „über die Grenze“ erbracht werden, d.h. wenn im Inland keine Betriebsstätte begründet wird, welche nach § 14 GewO anzeigepflichtig wäre, erhält die Gewerbebehörde i.d.R. keine Kenntnis von der Tätigkeit. Eine Überwachung ist dann praktisch unmöglich. Sofern eine Gewerbeanzeige erfolgt, gelten im wesentlichen die selben Regelungen wie im Bereich der Genehmigung von Niederlassungen, also v.a. die einschlägigen Bestimmungen der GewO.